

# Banken und Politik: Gemeinsame Verantwortung für Europa

**Jürgen Fitschen**

Präsident des  
Bundesverbandes deutscher Banken, Berlin, und  
Co-Vorsitzender des Vorstands, Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main

Bankentag 2014 - Grundsatzrede

Berlin, 9. April 2014

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Verehrter Herr Bundespräsident,

haben Sie herzlichen Dank für Ihre klaren, zum Teil kritischen, sehr ausgewogenen und überaus inspirierenden Worte. Wer die Freiheit so sehr achtet und verteidigt, wie Sie dies tun und immer getan haben, hat einen besonders scharfen Blick dafür, wann und wodurch Freiheit gefährdet wird. Zu Recht haben Sie, verehrter Herr Bundespräsident, den Finger in die Wunde gelegt und angedeutet, dass Regulierungslücken und Rettungspakete mit Freiheit wenig zu tun haben. Freiheit und Verantwortung müssen in der Wirtschaft – und gerade in der Sozialen Marktwirtschaft – Hand in Hand gehen. Die privaten Banken in Deutschland wissen um ihre Verantwortung. Wir Banker wissen auch, dass wir in der Vergangenheit von den Freiheiten, die man uns eingeräumt hat, nicht immer verantwortungsvollen und weitsichtigen Gebrauch gemacht haben. Umso wichtiger ist uns heute das Anliegen, das Vertrauen in unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung und in den Bankensektor wieder zu stärken.

## **I. Vertrauen**

Meine Damen und Herren, der heutige Bankentag bietet Gelegenheit für eine Standortbestimmung über die Rolle der Banken in der Gesellschaft. Eines steht dabei fest: Es hat sich viel geändert. Und das nicht nur wegen der neuen regulatorischen Herausforderungen. Auch in unseren Köpfen hat sich viel bewegt. Und der Umbau, der ständige Veränderungsprozess betrifft auch die Arbeitsabläufe der Institute in diesem gewandelten Umfeld. Für die Banken gilt: Es ist kein Stein mehr auf dem anderen geblieben. Das mag für den einen oder anderen vermessen klingen, entspricht aber der Erfahrung derjenigen, die seit langen Jahren in der Branche tätig sind.

Viele Veränderungen haben wir aus freien Stücken in Angriff genommen, nicht unter regulatorischem Zwang. Um unserer Verantwortung gerecht zu werden und auch um Vertrauen zurückzugewinnen, das wir verloren haben. Dennoch wird der Finanzsektor mehr als jede andere Branche mit Kritik an seinen vermeintlichen oder tatsächlichen Schwächen konfrontiert. Und die Fehler der Vergangenheit bieten dazu leider immer wieder Anlass. Auf die Frage, wie die Finanzinstitute Vertrauen zurückgewinnen können, haben wir noch keine abschließende Antwort gefunden.

Nun gibt es in der Welt der privaten Banken viele, vor allem kleinere und mittelständische Institute, die mit Recht von sich behaupten können: Wir machen unser

Geschäft so, wie wir es immer gemacht haben – mit Augenmaß und Verantwortungsbewusstsein, im Interesse unserer Kunden. Diese Institute haben keine Veranlassung, alles und jedes auf den Prüfstand zu stellen. Und dennoch sind auch sie vom Reputationsverlust der Branche betroffen.

Welche Konsequenzen haben die Banken in den vergangenen sieben Jahren also aus der Finanzmarktkrise gezogen? Und welche Auswirkungen haben die zahlreichen Änderungen auf das öffentliche Ansehen und auf die Rolle der Kreditinstitute?

Verehrter Herr Bundespräsident, meine Damen und Herren, über die Fehler, die 2008 die Finanzmärkte an den Rand des Abgrunds geführt haben, müssen wir an dieser Stelle nicht mehr en détail reden. Es hat in einigen Bereichen zu wenige oder falsche Regeln gegeben und die damals geltenden Regeln wurden häufig zu lax gehandhabt. Das Selbstverständnis und das Verantwortungsbewusstsein einiger Akteure ließen erheblich zu wünschen übrig. Zwar haben auch andere Faktoren eine Rolle gespielt, aber die Verantwortung der Banken für die Krise bleibt in der öffentlichen Wahrnehmung im Vordergrund. Das Vertrauen in den Bankensektor wurde massiv erschüttert und es erholt sich nur langsam.

Ohne Vertrauen aber ist vernünftiges Wirtschaften nicht möglich – gerade im Bankensektor. Ich sage daher mit Nachdruck: Die privaten Banken begreifen die Aufarbeitung ihrer Fehler nicht als eine Pflichtübung. Wir wollen das Finanzsystem stabiler machen. Wir wollen Vertrauen zurückgewinnen. Und wir wollen unserer Verantwortung gerecht werden – gegenüber den Kunden, gegenüber der Gesellschaft, gegenüber den Anteilseignern. Seit Ende 2008 haben die Kreditinstitute deshalb viele Veränderungen in die Wege geleitet. Die öffentliche Wahrnehmung ist aber häufig weiter eine andere. Das bedaure ich, aber davon werden wir uns nicht entmutigen lassen. Wir wollen auch die Kritiker, die Misstrauischen überzeugen.

Die Krise und ihre Folgen, verehrter Herr Bundespräsident, meine Damen und Herren, haben viele Fragen nach der Rolle und der Funktion von Banken in unserer modernen Volkswirtschaft aufgeworfen. Manch einer geht so weit, moderne Finanzinstitute für verzichtbar zu halten. Dagegen erheben wir Einspruch, auch aus unserer Verantwortung heraus. Banken sind ein wichtiger, ein nicht wegzudenkender Teil dieses Wirtschaftsstandortes.

Häufig wird durchaus wertend zwischen Finanzwirtschaft und sogenannter Realwirtschaft unterschieden. Das führt in die Irre. Banken sind Unternehmen, die unverzichtbare Dienstleistungen anbieten: für den Bürger, für die Wirtschaft, für öffentliche Einrichtungen. Sie unterscheiden sich damit nicht von Unternehmen aus anderen Branchen. Und wie andere Unternehmen auch müssen Banken Gewinne erzielen.

Einen Unterschied gibt es aber wohl: das Bankgeschäft ist nicht nur von essentieller Bedeutung für jedes Wirtschaftssystem. Es kann auch besonders risikofähig sein. Ein so sensibler Bereich muss entsprechend reguliert werden. Das Bankengeschäft ist auch sehr komplex. Deshalb steht die Finanzwirtschaft in der Pflicht, Aufklärungsarbeit zu leisten und zwar nicht nur in den Bankfilialen selbst. Dies macht die Bankenbranche heute schon – aber nicht in ausreichendem Maße. Wir müssen noch mehr und noch besser erklären, was die Aufgaben von Banken sind und was die 650.000 Mitarbeiter in den deutschen Kreditinstituten jeden Tag leisten.

Zu unserer Verantwortung gegenüber den Kunden gehört es auch, uns verständlich auszudrücken und ihre Interessen in den Mittelpunkt zu stellen. Den einzelnen Kunden entbindet dies allerdings nicht von der Pflicht, selbst Verantwortung für sein finanzielles Engagement zu übernehmen. Auch das ist Bestandteil seiner Freiheit. Um von dieser guten Gebrauch zu machen, ist allerdings Wissen erforderlich. Meine Damen und Herren, auch nach der Finanzkrise haben viele private Anleger nur eine vage Vorstellung von den Themen, die wir unter „Finanzieller Allgemeinbildung“ subsumieren. Dass Risiko und Rendite in einem komplementären Verhältnis zueinander stehen, mag abstrakt leicht verständlich sein. In der Praxis aber wird es häufig aus den Augen verloren.

Bundesfinanzminister Schäuble hat es auf den Punkt gebracht, als er anlässlich der drohenden Insolvenz von Prokon sagte – ich zitiere – „Selbst eine noch bessere Regulierung wird nur bedingt helfen, wenn die Anleger nur auf die Rendite und nicht auf die Risiken achten. Wir brauchen deshalb nicht nur mündige Bürger, sondern eine andere Anlagekultur.“ Zitatende.

Dabei sollte auch klar sein: Wie das Anlagegeschäft so hat das Bankgeschäft insgesamt mit Risiken und mit dem Management von Risiken zu tun. Mitunter führt dies zu widersprüchlichen Erwartungen an die Banken. Kritiker werfen ihnen zu Recht vor, sie hätten im Vorfeld der Finanzmarktkrise zu leichtfertig und unbedacht Kredite vergeben –

ein Vorwurf, der weniger gegen die deutschen Institute erhoben wurde. Heute wird den Banken dagegen vorgehalten, sie wären gegenüber den Unternehmen zu restriktiv bei der Kreditvergabe, so als gebe es bei diesen Krediten überhaupt keine Risiken.

Tatsächlich müssen Banken beides im Blick haben – Chancen und Risiken. Damit leisten sie den wirtschaftlichen Beitrag, der im Allgemeinen als Risikotransformation bezeichnet wird. Diesen Nutzen schaffen die Institute. Die Kreditvergabe in Deutschland funktioniert, die Banken sind verlässliche Partner ihrer Unternehmenskunden. Und nicht nur das: Wir sind in den vergangenen Jahren wieder näher zusammengerückt. Die international so präsente und erfolgreiche deutsche Wirtschaft kann in besonderer Weise auf die privaten Banken zählen. Und diese Zusammenarbeit ist nicht nur wirtschaftlich erfolgreich und wichtig, sie schafft auch Vertrauen.

Meine Damen und Herren, schließlich müssen die Banken mit ihrem Handeln überzeugen, nicht nur mit Reden. Nur so werden wir Vertrauen zurückgewinnen. Wir haben den richtigen Weg eingeschlagen; nun müssen wir ihn unbeirrt weiter gehen – und es liegt noch eine Strecke vor uns. Wenn heute so manche Sünden der Vergangenheit Thema der öffentlichen Diskussion sind, entsteht schnell der Eindruck, es habe sich nichts Wesentliches verändert. Dieser Eindruck ist falsch. Die Banken haben die Missstände angepackt, die ihnen zu Recht angekreidet werden. Wir stecken mitten in einer Umbruchphase und setzen alles daran, die komplexen und vielschichtigen Aufgaben zu lösen. Doch tiefgreifende, ernst gemeinte Veränderungen brauchen Zeit, bis sie umgesetzt sind und wirken können. Politik und Gesellschaft sollten uns diese Zeit einräumen – auch als Vertrauensvorschuss. Wir werden ihn weiter gewissenhaft nutzen und uns das Vertrauen verdienen.

## **II. Stabiles Finanzsystem**

Vertrauen, meine Damen und Herren, ist die eine Seite der Medaille; die Stabilisierung des Finanzsystems die andere. Ein stabiles Finanzsystem setzt eine wirkungsvolle Regulierung voraus. Genauso wichtig für ein stabiles Finanzsystem sind aber profitable und ertragskräftige Kreditinstitute. Über beides müssen wir reden.

Was die Regulierung betrifft, so habe ich es eben schon angedeutet: Es gibt eine große Diskrepanz zwischen der Vielzahl an neuen Regulierungsvorschriften und -vorhaben und

der öffentlichen Wahrnehmung, alles sei beim Alten geblieben. Allein mit den Namen der unterschiedlichen Regulierungsprojekte könnte man eine ganze Wand füllen. Dennoch ist immer wieder zu lesen und zu hören, bei der Regulierung habe es kaum Fortschritte gegeben.

Diese Regulierungsfortschritte gibt es aber. Und nicht gegen unseren Widerstand. Im Gegenteil, in den meisten Fällen haben wir diese Maßnahmen gutgeheißen. Die privaten Banken sind offen für regulatorische Veränderungen. In einzelnen Fragen haben wir aber durchaus eine abweichende Meinung und können dafür nach unserem Empfinden auch gute Gründe anführen. Alles andere wäre verwunderlich angesichts der Komplexität von Regulierung im Bankensektor, ihrer Umsetzung und ihrer Folgen.

Wenn wir uns dann äußern und damit auch unserer Verantwortung gerecht werden, an einem stabilen Finanzsystem mitzuarbeiten, wird schnell Kritik laut. Dann ist zu lesen: die Bankenlobby läuft „Sturm“ gegen alle möglichen Regulierungsvorhaben. Das sind bedauerliche Stereotypen und künstliche Zuspitzungen von Konflikten, die es so gar nicht gibt. Wir blockieren nicht. Wir äußern unsere Meinung. Wir tauschen Argumente aus und lassen die eigenen Positionen verantwortungsbewusst in die Diskussion einfließen.

Um im Bild zu bleiben: Die privaten Banken sind nicht Sturm gelaufen gegen die neuen Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften von Basel III/CRDIV. Sie haben an der einen oder anderen Stelle Änderungsvorschläge vorgebracht, die grundsätzliche Zielrichtung aber immer unterstützt. Die Institute haben inzwischen ihre Eigenkapitalquoten zum Teil deutlich erhöhen können – aus ureigenem Interesse und schneller als es der Basel-III-Zeitplan vorgesehen hat.

Wir sind nicht Sturm gelaufen gegen die 2010 eingeführte Bankenabgabe. Wir haben stets gesagt, und ich bekräftige es auch jetzt noch einmal: Wenn ein Institut in Schieflage gerät, das wegen seiner Größe oder Vernetzung für Probleme sorgen könnte, darf nicht wieder der Steuerzahler herangezogen werden. Dafür müssen wir alles tun.

Aus dem gleichen Grund haben wir uns auch immer für die europäische Bankenunion ausgesprochen, zu der ich mich gleich noch ausführlicher äußern werde. Eine europäische Aufsicht haben die privaten Banken in Deutschland schon seit langer Zeit gefordert. Im Herbst werden wir sie haben – das ist richtig so.

Wir haben auch die Regulierung der Derivatmärkte und der Schattenbanken begrüßt, die ebenfalls schon weiter vorangeschritten ist, als viele wissen. Ich könnte diese Liste jetzt fortsetzen um Themen wie Hochfrequenzhandel oder Risikomanagement.

Aber meine Damen und Herren: Es gibt auch Regulierungsvorhaben, die wir für falsch oder fragwürdig halten. In diesen Fällen haben wir unsere Einwände deutlich artikuliert – ob beim Trennbankengesetz oder bei der Finanztransaktionssteuer. Beide lehnen wir ab, weil sie volkswirtschaftliche Kosten verursachen, **ohne** dass sie zugleich die Stabilität des Finanzsektors erhöhen. Mit unseren Einwänden stehen wir dabei nicht allein: Auch die produzierenden Unternehmen und ihre Verbände sprechen sich ausdrücklich gegen diese beiden Regulierungsprojekte aus.

Unsere Einwände werden wir auch weiterhin geltend machen. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang aber eines betonen: Wir sind in Einzelfragen nicht immer einer Meinung mit der Politik. Aber die Politik hat in den vergangenen Jahren auf dem Gebiet der Krisenbewältigung und der Finanzmarktregulierung Großes geleistet. Dafür gebührt ihr unser Respekt, auch weil wir wissen, dass sie dabei teilweise unter hohem Druck gestanden hat. Wichtig ist am Ende der Erfolg. Und der ist schon da: seit 2009 ist es Finanzwirtschaft und Politik bzw. Regulatoren gemeinsam gelungen, das deutsche Finanzsystem deutlich stabiler zu machen.

Auch unsere Gesprächspartner in der Politik wissen, dass es eine Balance zwischen dem Maß an wirkungsvoller Regulierung und einem funktionierenden und profitablen Finanzplatz geben muss. Im Koalitionsvertrag steht daher ein politisches Bekenntnis zur Überprüfung der Finanzmarktregulierung. Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund müssen auch Kritiker akzeptieren: Wer darauf hinweist, dass ein Zuviel an Regulierung, ein Zuviel an Bürokratie, ein Zuviel an staatlichem Regelungsdrang negative Folgen für das Marktgeschehen und damit auch für den Finanzmarkt haben kann, der ist kein notorischer Regulierungsgegner und auch kein „Agent des Finanzkapitals“. Auch die Regulierungslücken vor 2008 widerlegen diesen Zusammenhang nicht. Auf ihn hinzuweisen, ist Teil unserer Verantwortung.

Dabei geht es auch um globale Wettbewerbsfähigkeit. Dieses Thema betrifft eben nicht nur die Industrie, sondern auch die Bankenlandschaft. Schon seit einiger Zeit müssen wir

einen Bedeutungsverlust europäischer Banken im internationalen Handelsgeschäft beobachten. Wir dürfen ihn nicht als schicksalsgegeben hinnehmen. Doch nicht nur die international agierenden Banken stehen im scharfen Wettbewerb mit anderen Global Playern. Der weltweite Konkurrenzkampf findet auch auf dem Heimatmarkt statt und betrifft Institute, die nur dort tätig sind. Daher müssen wir uns dafür einsetzen, dass Wettbewerb unter möglichst gleichen Bedingungen ausgetragen wird. Globale Regulierungsstandards, meine Damen und Herren, bleiben das Leitbild, an dem wir uns orientieren müssen.

Wettbewerbsfähigkeit kann auch durch ein Zuviel an Bürokratie beeinträchtigt werden. Gerade kleinere Institute werden überdurchschnittlich hart getroffen. Sie müssen erhebliche Ressourcen dafür aufbringen, ein umfangreiches und mitunter auch unübersichtliches Regelwerk umzusetzen. Das Prinzip der doppelten Proportionalität muss daher bei allen Regulierungsprojekten beachtet und konsequent umgesetzt werden.

Banken brauchen Luft zum Atmen, um ihr Geschäft zu betreiben und um profitabel sein zu können. Sie müssen in der Lage sein, Geld zu verdienen. Eine Regulierung, die dieses selbstverständliche Gebot missachtet, wäre kontraproduktiv. Sie würde nicht zu mehr, sondern zu weniger Finanzmarktstabilität führen. Starke Banken sind das Spiegelbild einer starken Volkswirtschaft. Diese Maxime sollte sich die Politik zu Eigen machen und für einen wettbewerbsfähigen deutschen und europäischen Finanzplatz eintreten.

### **III. Europa**

Meine Damen und Herren, verehrter Herr Bundespräsident, wir dürfen uns aber auch keine Illusionen machen. Längst nicht alle europäischen Banken verfügen über ein tragfähiges Geschäftsmodell. Deswegen dürften auch nicht alle Banken die nächsten Jahre überleben. Damit wäre ich bei meinem letzten großen Thema angelangt, der europäischen Ebene und den vielfältigen Bemühungen, europäische Antworten auf die Krisenerfahrungen der letzten Jahre zu geben.

Eine Antwort, und zwar eine gewichtige, ist die europäische Bankenunion, die gegenwärtig aus der Taufe gehoben wird. Sie ergänzt die Europäische Währungsunion um eine wesentliche Komponente. In einigen Ländern besteht ein verhängnisvoller Zusammenhang zwischen staatlicher Verschuldung bei den Banken und der daraus

resultierenden Anfälligkeit des Finanzsektors. Die Bankenunion soll diesen verhängnisvollen Zusammenhang endlich auflösen.

Vor allem aber brauchen wir die Bankenunion, um das europäische Bankenwesen wieder stabiler zu machen. Die Bilanzüberprüfung und der Stresstest schaffen in diesem Jahr die Voraussetzung dafür, schwächelnde Institute zu identifizieren und sie – wenn möglich und sinnvoll – mit neuem Kapital auszustatten. Die gemeinsame europäische Aufsicht unter dem Dach der Europäischen Zentralbank soll gewährleisten, dass eine Schieflage einzelner Institute künftig frühzeitig erkannt wird. Und ein gemeinsames Abwicklungssystem wird die Grundlage dafür schaffen, dass die Rechnung für eine kostspielige Bankenabwicklung nicht mehr beim Steuerzahler landet. Die Bankenunion kann daher, wenn sie konsequent umgesetzt wird, zu einem der wichtigsten stabilitätspolitischen Beiträge der letzten Jahre werden.

Und nicht nur das: Eine funktionierende Bankenunion eröffnet endlich wieder die Chance, dass die Banken nicht länger als Teil des Problems, sondern als Teil der Lösung wahrgenommen werden. In einigen Ländern der Euro-Zone brauchen wir dringend einen Aufschwung. Und dafür benötigen wir leistungsfähige Banken, die ausreichend Kredite zur Verfügung stellen können. Das bedeutet aber auch, und das sage ich in aller Deutlichkeit: Institute, die sich als nicht überlebensfähig erweisen – egal welcher Herkunft –, müssen aus dem Markt ausscheiden können.

Ein konsolidierter Bankenmarkt wird dazu beitragen, dass die Kreditvergabe auch in Südeuropa wieder so funktioniert, wie sie in Deutschland in all den Jahren funktioniert hat. Dies würde auch die Europäische Zentralbank in die Lage versetzen, die Phase der Niedrigzinspolitik zu beenden, die bekanntermaßen mit Risiken und Nebenwirkungen verbunden ist.

Meine Damen und Herren, verehrter Herr Bundespräsident, die vergangenen Jahre haben Europa und die Europäische Währungsunion immer wieder vor eine Zerreißprobe gestellt. Ob die Schuldenkrise in der Euro-Zone bereits erfolgreich bekämpft ist, vermag im Augenblick niemand mit Sicherheit zu sagen. Eine Prognose aber kann ich wagen: Wenn es uns gelingt, eine funktionierende Bankenunion auf die Beine zu stellen, hätten wir mehr als nur Reparaturarbeit betrieben; wir hätten einen wesentlichen Beitrag zur weiteren Gestaltung des vereinten Europas geleistet. Die Bankenunion könnte auch auf

andere Bereiche der Währungsunion ausstrahlen und der europäischen Integration insgesamt neuen Schwung verleihen.

Gefordert ist hier auch die Politik. Mit Strukturreformen, Wachstumsimpulsen und einer Weiterentwicklung der Währungsunion ist es ihr gelungen, die Euro-Zone in ruhigeres Fahrwasser zu geleiten. Dies darf kein kurzlebiger Erfolg bleiben. Deshalb muss die Politik das Ziel ausgeglichener Staatshaushalte konsequent im Blick behalten. Die Währungsunion muss künftig mit mehr Konsequenz und mehr europäischem Geist gelebt werden. Ein Zurück zur Währungsunion des Vorkrisenniveaus gibt es nicht und darf es nicht geben. Wir wollen ein modernes und stabiles Europa.

Die Stabilisierung der Eurozone schreitet voran. Über den Erfolgen dürfen wir aber auch die Leidtragenden der Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre nicht vergessen: Sie hat in Teilen Südeuropas verheerende Folgen gehabt. Ökonomische Schwierigkeiten in diesen Ländern haben naturgemäß auch Rückkoppelungen auf die deutsche Wirtschaft. Doch nicht nur deshalb geht uns die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Spanien oder Griechenland auch hierzulande etwas an. Die tragischen persönlichen Schicksale müssen uns betreffen. Und aus ihnen kann ein gesamteuropäisches Problem erwachsen, weil sich fast eine ganze Generation desillusioniert vom europäischen Projekt abwenden könnte. Die Krisenländer dürfen den eingeschlagenen Reformkurs nicht verlassen, sondern müssen, wo nötig, die Anstrengungen noch intensivieren. Im Gegenzug können sie aber auch mit der Solidarität der anderen europäischen Länder rechnen.

Die privaten Banken Deutschlands haben das europäische Projekt immer unterstützt. Es wird dann erfolgreich sein, wenn wir den Realitäten mutig ins Auge schauen und zugleich den europäischen Werten verpflichtet bleiben. Wenige Wochen vor der Europawahl, meine Damen und Herren, geistert nun das Gespenst der Renationalisierung über den Kontinent. Partikularismus und Kleinstaaterei sind aber die falschen Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit. Europa darf sich nicht klein machen und erst recht darf es nicht in nationale Egoismen zerfallen, wenn es auch zukünftig über die Grenzen des Kontinents hinaus gehört werden möchte. Wir, die Finanzwirtschaft, die privaten Banken wissen, dass auch wir gefordert sind, die Währungsunion und den Binnenmarkt zu einem dauerhaften Erfolg zu machen. Wir sind uns dieser Verantwortung bewusst und wir nehmen sie auch gerne an.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Ihnen, verehrter Herr Bundespräsident, gilt unserer großer Dank dafür, dass Sie dem 20. Deutschen Bankentag Ihre Ehre erwiesen haben. Ermahnungen und Ermunterungen aus der Politik sind uns immer ein Ansporn, Dinge noch besser zu machen.

Die privaten Banken wollen noch mehr Verantwortung übernehmen, sie wollen positiver in die Gesellschaft hineinwirken und sie wollen noch stärker die Europäische Union und die Europaidee unterstützen. Was wir auf diesem Wege benötigen, ist Demut statt Übermut, Einsatz statt Resignation, Kooperation statt Konfrontation.

Auch wenn der Gegenwind stark ist – und jetzt schaue ich auf die Vertreter meiner Branche –, dürfen wir uns nicht entmutigen lassen. Es gibt genügend Gründe, stolz auf unseren Beruf und auf unsere Unternehmen zu sein. Tun wir alles dafür, dass wir diesen Stolz auch wieder zeigen können. Herzlichen Dank.